

Dauerkrise in Pakistan

Jochen Hippler

Pakistan, Islam, USA, Afghanistan

Ist Pakistan das gefährlichste Land der Welt? Jochen Hippler, ein exzellenter Kenner dieses Landes, analysiert die innenpolitische Dauerkrise. Der Staat wird immer fragiler und die Politik immer mehr durch Gewalt geprägt. Große Teile des Staatsapparates sind deformiert. Gelingt es nicht, diesen Zerfall zu stoppen, wird Pakistan mittelfristig für die Welt bedrohlicher als das krisengeschüttelte Afghanistan.

Die Islamische Republik Pakistan bleibt nach wie vor ein Schlüsselpartner der USA und ihrer Verbündeten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das Land ist allerdings alles andere als stabil, was sich u. a. in der schweren Wirtschaftskrise sowie zahlreichen Gewaltakten und Terroranschlägen manifestiert. Gerade seine Rolle als US-Verbündeter in Bezug auf Afghanistan, al-Qaida und die Taliban hat entscheidend zur Instabilität Pakistans beigetragen. Ein fragiles und in den Grundfesten erschüttertes Pakistan ist aber mittelfristig für die internationale Politik weit bedrohlicher als ein krisen- und gewaltgeschütteltes Afghanistan, nicht zuletzt aufgrund seiner Größe und Einwohnerzahl (170 Mio.), seiner beträchtlichen Migranten-Communities in Großbritannien, Kanada und anderswo und seiner Atomwaffen. Auch seine geografische Lage am Schnittpunkt des Iran, Afghanistans, der zentralasiatischen Despotien und dem traditionell verfeindeten Indien (vor allem aufgrund Kaschmirs) lassen die Krise in Pakistan doppelt gefährlich werden.

Die innenpolitische Situation Pakistans ist auch ohne die seit 2002 massiv zunehmende Gewalt bereits in hohem Maße fragil und schwierig. Während in den letzten Jahren die Wirtschaft um jährlich zwischen sieben und neun Prozent wuchs und in dieser Zeit die Mittelschichten deutlich gestärkt wurden, setzte 2008 eine dramatische Abwärtsbewegung ein. Das Wirtschaftswachstum wird 2009 nach Schätzungen der Zentralbank nur noch 3,5 bis 4,5 Prozent betragen, wobei die Prognosen ständig nach unten korrigiert werden müssen. Besondere Probleme bestehen bei der Energieversorgung von Industrie und Bevölkerung, die selbst in der Hauptstadt Islamabad von täglichen mehrstündigen Unterbrechungen gekennzeichnet ist. In vielen Städten kam es bereits zu gewaltsamen Demonstrationen gegen den Energiemangel. Darüber



Jochen Hippler,
geb. 1955, Institut für
Entwicklung und Frieden
(INEF), Universität Duis-
burg-Essen.
post@jochen-hippler.de

hinaus gibt die schnell steigende Inflationsrate Anlass zur Sorge, die 2009 bei 20 bis 22 Prozent liegen dürfte – mit überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Brennmaterial, was die ärmeren Bevölkerungsgruppen besonders trifft und ebenfalls schon zu Unruhen führte.

Ein zweites, allerdings chronisches Problem besteht in der Deformation und funktionalen Schwäche großer Teile des Staatsapparates. Während einerseits viele staatliche Sektoren (Schulen, Gesundheitsversorgung, Polizei, Justizwesen, allgemeine staatliche Verwaltung) sich weiterhin in einem kläglichen bis katastrophalen Zustand befinden (z. T. aufgrund des hohen Korruptionsniveaus), sind das Heer und einige andere bewaffnete Kräfte (Personalstärke insgesamt 920.000) gut organisiert und finanziell gut ausgestattet. Auch wenn in den letzten Jahren in einigen Bereichen beachtliche Fortschritte erzielt wurden (etwa bei den Universitäten), bleiben viele staatliche Bereiche ausgesprochen schwach (selbst der zivile Geheimdienst, das *Intelligence Bureau*, IB, scheint sich gegenwärtig in einer ernsten Krise zu befinden). Deshalb ist der Staat in Pakistan insgesamt weder „stark“ noch „schwach“, sondern beides zugleich, er ist deformiert und befindet sich in einer strukturellen Schiefelage. Während viele zivile Teile des Staatsapparates ihre Funktionen nur mit Mühe und großen Einschränkungen bewältigen können, ist das Militär stark genug, um weiter der entscheidende Machtfaktor zu sein, der die Gesellschaft direkt oder indirekt dominiert.

Ein wichtiger Schwachpunkt im pakistanischen *Governance*-System besteht an der Schnittstelle von Staat und Gesellschaft, nämlich im Charakter seiner zivilen politischen Eliten. Deren Kern besteht traditionell aus ländlichen Eliten von Großgrundbesitzern, die oft mit den Spitzen der Bürokratie und des Militärs verknüpft sind. Inzwischen dringen langsam Teile der städtischen Wirtschaftseliten in den Kern der Macht vor, etwa einzelne Industrielle oder Bankiers. Allerdings ist oft erkennbar, dass diese Repräsentanten moderner Wirtschaftssektoren nicht selten aus Familien der „feudalen“ Großgrundbesitzer stammen, sodass offene Gegensätze zwischen diesen noch kaum zu beobachten sind. Ein Aufstieg von Repräsentanten der Mittelschichten (und erst recht der armen Bevölkerungsmehrheit) in die politische Machtelite ist bisher ausgesprochen selten, wenn man von der großstädtischen, säkularen Regionalpartei der *Muhajir* (ehemalige Flüchtlinge bzw. Migranten aus Indien, vornehmlich in Karachi und Hyderabad/Provinz Sindh) und Teilen der islamistischen Partei *Jamaat-e-Islami* (JI) einmal absieht.

Diese enge Struktur der politisch-gesellschaftlichen Elite hat starke Rückwirkungen auf die Organisation politischer Machtverhältnisse und auf den Charakter von Staatlichkeit. Dabei spielen insbesondere die politischen Parteien eine Schlüsselrolle, da sie eine wichtige Schnittstelle von Gesellschaft und Staat bilden. Die pakistanischen Parteien sind nicht demokratisch verfasst, sie tragen daher Impulse aus der Gesellschaft in den Staatsapparat hinein, sondern stellen eine Verbindung der autoritären Herrschaft weniger Führungspersonlichkeiten (oft um eine Familie gruppiert) mit flexiblen, neopatrimonialen Netzwerken aus lokal oder regional einflussreichen Personen und Cliquen dar, oft mit ländlichem Großgrundbesitz. Aufgrund dieser Struktur sind die Parteien programm- und ideologiewach (mit partieller Ausnahme der religiösen Parteien) und schlecht organisiert. Es handelt sich eher um die Vernetzung regionaler Honoratioren und ihrer Klienten auf der Ebene der Provinzen oder des ganzen Landes zum wechselseitigen Nutzen. Politische Absichten, das Streben nach Einfluss oder Posten, nach Begünstigung oder Bereicherungsmöglichkeiten sind beim Führungspersonal eng verknüpft. Solche lockeren Parteistrukturen mögen Ansätze überregionaler Organisation darstellen, aber sie sind nicht in der Lage, der finanziellen und organisatorischen Macht der Streitkräfte etwas entgegenzusetzen. Zugleich bedeutet der undemokratische Charakter der Parteien (innerparteiliche Wahlen gibt es kaum), dass sie nur sehr bedingt als Mittel zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft tauglich sind. Insgesamt stellt das verzerrte und oligarchisch geprägte *Governance-System* Pakistans eine ständige Quelle der Instabilität dar, und ist für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme wenig geeignet.

Defizite des politischen Führungspersonals

Neben den ökonomischen und strukturellen Problemen lässt sich drittens feststellen, dass die aus den *Governance-Strukturen* resultierende Auswahl des Führungspersonals eine zusätzliche Quelle politischer Unzufriedenheit darstellt und Krisen mit sich bringt. Die Amtsübernahme des gegenwärtigen Präsidenten Asif Ali Zardari aufgrund seiner familiären Bindung an die Familie Bhutto (Witwer von Benazir Bhutto) stellt ein gutes Beispiel dar: Zardari war bereits während der beiden Amtszeiten seiner Frau als Ministerpräsidentin von dieser begünstigt worden (indem er zuerst als politisch unbeschriebenes Blatt zum Abgeordneten gemacht und dann zum Minister ernannt wurde) und trug damals den Spitznamen „Mister 10 Percent“,

bzw. – in der zweiten Amtszeit – „Mister 20 Percent“. Zardari machte sich insgesamt vor allem durch Hinterzimmerpolitik und kriminelle Machenschaften einen Namen, nicht als glaubwürdiger politischer Führer. Seinem Aufstieg an die Staatsspitze tat dies trotz der begründeten Skepsis des größten Teils der Bevölkerung keinen Abbruch.¹

Nach den weitestgehend freien und fairen Wahlen des Februar 2008, aufgrund derer der verhasste Exgeneral und Präsident Musharraf die Macht verlor, herrschte für einige Wochen Euphorie. Der Sieg über die kaum verhüllte Militärherrschaft ließ eine Aufbruchsstimmung entstehen, die die säkularen mit den meisten religiösen Kräften verband. Die Forderung nach der Respektierung von Verfassung und Demokratie schien erfüllt, die Wahlsieger von der *Pakistan Peoples Party* (PPP) und *Pakistan Muslim League* (PML) würden zusammen mit ihren kleineren Verbündeten ein neues Kapitel der pakistanischen Geschichte aufschlagen. Diese Hoffnung wurde schnell enttäuscht. Asif Zardari trieb die PML durch die Nichteinhaltung von Abkommen und Zusagen aus der Koalitionsregierung, erwies sich dann als unfähig, die wirtschaftliche und bald auch politische Krise in den Griff zu bekommen. Sehr schnell machte sich in der Bevölkerung eine Katerstimmung breit, und schon im Oktober 2008 meinten 88 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickle. 73 Prozent der Bevölkerung gaben an, dass sich ihre wirtschaftliche Situation im vergangenen Jahr verschlechtert habe, 59 Prozent erwarteten für 2009 eine weitere Verschlechterung und 67 Prozent waren der Meinung, dass die Demokratie ihre Lebenssituation nicht verbessert habe. Darüber hinaus war das Gefühl einer Bedrohung der eigenen Sicherheit innerhalb der Bevölkerung von Juni bis Oktober 2008 von nur 15 auf 78 Prozent gestiegen – was eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage reflektierte. Vor dem Hintergrund dieser Stimmung war es nicht überraschend, dass – je nach Frageformulierung – nur etwa 20 Prozent der Regierung oder ihrem Präsidenten ein gutes Zeugnis ausstellten – während es gerade im Westen überraschen dürfte, dass das Bündnis der religiösen Parteien trotz der Krise insgesamt bei Neuwahlen nur 1 Prozent der Stimmen erhalten würde.²

- 1 Es sei angemerkt, dass der wichtigste Gegenspieler Zardaris, der Vorsitzende der *Pakistan Muslim League*, Nawaz Sharif, diesem in Bezug auf dubiose Machenschaften durchaus in nichts nachsteht.
- 2 Siehe International Republican Institute, IRI Pakistan Index, Pakistan Public Opinion Survey, 15.-30 Oktober 2008, veröffentlicht am 18.12.2008: <http://www.iri.org/mena/pakistan/pdfs/2008> December 19 Survey of Pakistan Public Opinion, October 15-30, 2008.pdf, verschiedene Seiten.

Quellen der Gewalt

Die Krisen in den Bereichen Ökonomie, politische Struktur und Führungspersonal erweisen sich gegenwärtig als dramatisch, da sie auf ein zunehmend hohes Gewaltniveau treffen. In Pakistan entspringt die Gewalt nicht nur einer, sondern unterschiedlichen Quellen: Seit den 1980er Jahren kommt es verstärkt zur Gewalt durch konfessionelle Extremisten (sunnitischer und schiitischer Gruppen), die Hunderte von Toten fordert. Daneben tritt interethnische Gewalt auf, insbesondere in den großen Ballungsräumen wie der Wirtschaftsmetropole Karachi. Diese erreichte Mitte der 1990er Jahre mit etwa 2.000 Toten einen Höhepunkt in dieser Stadt. Danach sank die interethnische Gewalt; es kam aber trotzdem immer wieder zu Massakern und Anschlägen mit Dutzenden von Opfern. In den letzten Jahren nahm die Zahl der Opfer interkonfessioneller und interethnischer Gewalt erneut deutlich zu. Einen Sonderfall stellt der Aufstand und faktische Bürgerkrieg in der südwestlichen Provinz Belutschistan dar, wo die Missachtung der Rechte der Provinz durch die Zentralregierung, die Ausbeutung deren Ressourcen sowie die fehlende Mitsprache und Beteiligung der Provinz und ihrer Bevölkerung beim Bau des Tiefseehafens von Gwadar in großen Teilen der Bevölkerung den Eindruck erweckten, in quasikolonialer Abhängigkeit von Islamabad (bzw. der größten Provinz, des Punjab) gehalten zu werden. Seit dem Abtritt des Expräsidenten Musharraf zeichnet sich hier eine Beruhigung ab.³

Der entscheidende Gewaltherd besteht allerdings in der Nordwestprovinz, in den Stammesgebieten, den *Federally Administered Tribal Areas* (FATA). Der dort herrschende Bürgerkrieg ist eng mit dem benachbarten Afghanistankrieg und der internationalen Konstellation verknüpft. Vereinfacht lässt sich feststellen, dass der Krieg in den Stammesgebieten auf drei Voraussetzungen gründet:

Einmal auf der Radikalisierung und jihadistischen Transformation der lokalen Kultur und ihrer gesellschaftlichen Strukturen aufgrund des antisowjetischen Afghanistankrieges der 1980er Jahre. Dabei wurde die dortige deobandische Version des sunnitischen Islam, die ohnehin über eine starke antikoloniale Tradition verfügt, stark jihadistisch aufgeladen, wozu die damalige pakistanische, die US-amerikanische und die saudische Regierung jeweils bewusst beitrug, um den Krieg gegen die Sowjetunion zu verstärken.

3 Hippler, Jochen (2008): Das gefährlichste Land der Welt? – Pakistan zwischen Militärherrschaft, Extremismus und Demokratie, Köln, Kiepenhauer & Witsch, S. 215ff.

Zweitens spielten damit verknüpfte ausländische jihadistische Kämpfer (Usbeken, aber auch Araber, Tschetschenen) eine wichtige Rolle. Sie waren bereits während des Afghanistankrieges gegen die Sowjetunion nach Afghanistan und Pakistan gekommen – damals ebenfalls mit Unterstützung der pakistanischen und US-amerikanischen Regierungen.

Drittens die prekäre *Governance*-Struktur in der FATA: Die in Pakistan verfassungsrechtlich garantierte Autonomie der FATA impliziert dort einen nur indirekten zentralstaatlichen Einfluss, der durch Anreize und Drohungen die Stammesführer im Sinne der Regierung lenkt, ohne die FATA selbst zu kontrollieren. Dieses *Governance*-Modell war allerdings bereits in den 1980er Jahren stark untergraben worden, weil die traditionellen Stammesführer aufgrund der Kriegssituation massiv an Macht verloren hatten, während Gewaltunternehmer und „Kommandanten“ Nutznießer waren.⁴

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die pakistanische Regierung und ihr Militär seit den frühen 1970er Jahren fast immer bewaffnete und meist extremistische Gruppen in Afghanistan unterstützt hatten – selten aus ideologischen Gründen, sondern um aus „realpolitischen“ Erwägungen Einfluss in Afghanistan zu gewinnen, mit dem Ziel dort drohenden Gefährdungen vorzubeugen (umstrittener Grenzverlauf, „Paschtunistan“-Frage) – und zugleich im Falle neuer Konfrontationen mit Indien in Afghanistan „den Rücken freizuhaben“.⁵ Diese Politik wurde unabhängig von Regierungsform und Regierungspersonal durchgehalten. So wurde Frau Bhutto in ihrer zweiten Amtszeit als Ministerpräsidentin die „Mutter der (afghanischen) Taliban“.

Das fragile Gleichgewicht in den Stammesgebieten an der afghanischen Grenze zerbrach nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Die US-Regierung stellte der pakistanischen Regierung unter General Musharraf das Ultimatum, entweder den US-„Krieg gegen den Terrorismus“ (und damit die US-Politik des gewaltsamen Sturzes der Taliban und die Besetzung des Landes) aktiv und massiv zu unterstützen, oder selbst zum Feind erklärt zu werden, indem man Pakistan den „Schurkenstaaten“ zurechnen würde. Präsident Musharraf entschied sich sofort für die Unterstützung der USA, da jedes Zögern mit extrem hohen Kosten verbunden gewesen wäre. Umgekehrt allerdings

4 Hippler, Jochen (2008): Das gefährlichste Land der Welt? – Pakistan zwischen Militärrherrschaft, Extremismus und Demokratie, Köln, Kiepenhauer & Witsch, S. 218ff.

5 Persönliches Gespräch 1990 mit dem Exgeneral, Exinnenminister und Freund der Familie Bhutto, Naseerullah Babar, der nach eigenen Angaben selbst den Aufbau der bewaffneten Kräfte in Afghanistan leitete.

erwies sich diese Entscheidung als innenpolitisch höchst riskant, da eine überwältigende Mehrheit der Pakistaner ein enges Zusammengehen mit Washington ablehnte – nicht aus ideologischer Nähe zu den Taliban, sondern weil man den USA imperiale Politik vorwarf.

Eine der US-Aufforderungen an Pakistan bestand in der Abriegelung der afghanisch-pakistanischen Grenze, um den Grenzübergang bewaffneter Gruppen (Taliban, andere Afghanen, al-Qaida, pakistanische Unterstützer der Taliban) zu unterbinden. Auch wenn dieses Ziel ohnehin aufgrund der topografischen (schwer zugängliches Gebirge) und gesellschaftlichen Bedingungen (enge Verwandtschaftsbeziehungen auf beiden Seiten der Grenze, gemeinsame jihadistische Tradition gegen Eindringlinge) nicht zu erreichen war, entsandte das pakistanische Militär ab 2002 zuerst 80.000, später bis zu 120.000 Soldaten an die Grenze, wobei es auf heftigen Widerstand der Militanten und eines Teils der Stämme traf, die ihre traditionelle Autonomie verletzt sahen. Eine Politik der harten Hand untergrub die Reste der *Governance*-Struktur in der FATA (nämlich die Stammesführer und die Rolle der politischen Vertreter der Regierung, die mit diesen zusammenarbeiteten) und führte zu zahlreichen zivilen Opfern, was den Konflikt massiv anheizte. Auch die pakistanische Armee verzeichnete viele Opfer – inzwischen starben in der FATA ein Mehrfaches der Zahl an Soldaten, die das US-Militär in Afghanistan zu beklagen hat.

Der faktische Krieg in der FATA wurde noch dadurch kompliziert, dass die US-Truppen von jenseits der Grenze immer wieder selbst militärisch eingriffen und dabei ebenfalls Zivilisten und sogar pakistanische Soldaten töteten. So geriet die pakistanische Regierung in eine schwierige Lage, da sie unwillig schien, ihr eigenes Staatsgebiet gegen fremde Angriffe zu verteidigen. Darüber hinaus kam es zunehmend zu Kämpfen zwischen unterschiedlichen Gruppen innerhalb der FATA, etwa zwischen ausländischen (oft usbekischen, weniger arabischen) Jihadisten und Einheimischen, zwischen verschiedenen extremistischen Gruppen oder zwischen Stämmen und Jihadisten.

Dieser Krieg erwies sich als besonders dramatisch für Pakistan als Ganzes: Wegen der zunehmenden Anwendung terroristischer Praktiken durch die Aufständischen, die zuerst in der FATA begann und sich immer mehr auch auf andere, zum Teil weit entfernte Landesteile ausweitete. Dabei wurden auch zunehmend Selbstmordattentate begangen, die vor 2002 in Pakistan (wie in Afghanistan und dem Irak) unbekannt waren. Das prominenteste Opfer dieser Terrorkampagne war die frühere Ministerpräsidentin Benazir Bhutto (Dezember 2007). Insgesamt stieg das Gewaltniveau in Pakistan seit dem Beginn

des Afghanistankrieges im Herbst 2001 dramatisch an. 2003 kamen mindestens 189 Menschen bei politischen Gewaltakten ums Leben, im Jahr 2006 wurde zum ersten Mal die Schwelle überschritten, die in der Friedens- und Konfliktforschung meist als „Krieg“ bezeichnet wird, nämlich 1.000 Tote pro Jahr. Damals starben 1.471 Personen. 2008 lag die Todeszahl bei mindestens 6.715.⁶ Andere Quellen, etwa das Pakistan Institute for Peace Research (PIPS), schätzen die Opferzahlen noch höher. Das PIPS spricht für 2008 von fast 8.000 Toten und über 9.600 Verletzten aufgrund politischer Gewalt.⁷

Opfer politischer Gewalt
2008 in Pakistan

Angriffe/Zusammenstöße	Zahl der Getöteten	Zahl der Verletzten
Terroristische Angriffe	2.267	4.558
Im Zuge von Militäroperationen	3.182	2.267
Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Militanten	655	557
Politische Gewalt	162	419
Interne Zusammenstöße zwischen ethnischen Gruppen sowie interkonfessionelle Gewalt	1.336	1.662
Grenzzwischenfälle	395	207
Gesamt	7.997	9.670

Quelle: Pakistan Institute for Peace Research 2008.

Damit lag die Zahl der Todesopfer deutlich über der – ebenfalls dramatisch steigenden – für Afghanistan, was in Europa kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Politische Gewaltursachen

Die Bedeutung der zunehmenden Gewalt lag allerdings nicht allein in ihrem Umfang, sondern auch in den mit ihr verknüpften politischen Umständen. Auch wenn sie sich ideologisch und bezogen auf den internationalen Kontext stark davon unterscheidet, weist sie doch deutliche Parallelen zu der früherer nationalistischer

6 Vgl. Institute for Conflict Management, Pakistan Assessment 2009, <http://www.satp.org/satporgtp/countries/pakistan/index.htm>. Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Zahlen sich auf „terroristische“ Gewalt beziehen sollen, tatsächlich aber auch andere Gewaltformen einbeziehen.

7 Vgl. PIPS Security Report 2008, Islamabad 19. January 2009, http://www.san-pips.com/new/index.php?action=ra&id=psr_list_1, S. 3. Auch hier ist die Begrifflichkeit bedauerlicherweise unscharf. Gewalt zwischen ethnischen Gruppen wird unter „interkonfessionell“ zusammengefasst und mit tribaler Gewalt identifiziert, obwohl sie sich davon in vielem unterscheidet. Auch „operational attacks“ (im Zuge von Militäroperationen) und „clashes between security forces and militants“ sind kaum klar zu trennen.

oder linker Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt auf. Die Aufständischen in den Stammesgebieten sind, im partiellen Unterschied zu den internationalen Jihadisten, in der Regel nicht islamistisch, sondern fundamentalistisch geprägt. Sie verbinden reaktionäre gesellschaftspolitische mit ebensolchen religiösen und antiimperialistischen Vorstellungen. Außer ihrer Grundorientierung der Bekämpfung ausländischer Besatzungstruppen in Afghanistan sowie ihrer afghanischen und pakistanischen Unterstützer (also der Regierungen in Kabul und Islamabad) hat ihre Ideologie folglich wenig mit früheren Befreiungsbewegungen gemein. Ihre Strategie und zum Teil ihre Taktiken weisen trotzdem interessante Ähnlichkeiten auf. So nutzen sie (gemeinsam mit den ausländischen Jihadisten, etwa aus dem al-Qaida-Netzwerk) terroristische Angriffe gegen staatliches Personal (Lehrer, Verwaltungsbeamte) und Infrastruktur, um ihre Gegner aus einer Situation der eindeutigen militärischen Unterlegenheit heraus zu verunsichern, zu schwächen und zur Zerstreuung ihrer Sicherheitskräfte zu zwingen – die so zu leichteren Angriffszielen werden. Allerdings nehmen sie dabei weit stärker zivile Opfer unter der Bevölkerung in Kauf oder wenden gegen Zivilisten direkt gewaltsame Mittel an.

Eine andere Ähnlichkeit besteht darin, den Staatsapparat insgesamt und in bestimmten Zielregionen zu schwächen und an seine Stelle Formen einer selbst organisierten Gegenstaatlichkeit zu setzen – also „befreite Zonen“ zu schaffen. In Teilen der Stammesgebiete oder in anderen Regionen der Nordwestprovinz (etwa im Swat-Tal), wenn möglich aber auch darüber hinaus (etwa vor dem Sommer 2008 im Umfeld der Roten Moschee in Islamabad) bemühen sich die Aufständischen um die Durchsetzung eines eigenen Rechtswesens, das dann in den Augen der Bevölkerung besser funktioniert als das staatliche.

Wie Pakistan stabilisieren?

Eine Stabilisierung Pakistans und die Bekämpfung der akuten Welle der Gewalt wären bei weniger ungünstigen wirtschaftlichen Rahmendaten wesentlich einfacher. Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen, der massiven Preissteigerungen gerade für Lebensmittel und Energie, der ständigen Stromausfälle, die die Wirtschaft insgesamt hart treffen, ist die allgemeine Unzufriedenheit in der Gesellschaft so groß, dass auch die Lösung des schwierigen



Weiterlesen:
Pakistans Sicherheitspolitik
WeltTrends 27

Gewaltproblems weiter erschwert wird. Eine Überwindung der Wirtschaftskrise würde zwar die Gewalt nicht direkt vermindern, aber den politischen Rahmen der Gewaltbearbeitung verbessern. Eine weit wichtigere Voraussetzung zur Befriedung des Landes besteht in der – höchst unwahrscheinlichen – Beendigung des Krieges in Afghanistan. Dieser ist direkt und indirekt für den größten Teil der Gewalt in Pakistan verantwortlich. Insbesondere die Präsenz ausländischer Truppen im Nachbarland und deren teilweise rabiatischen Verhaltensweisen (Opfer unter der Zivilbevölkerung, Eindringen in von Frauen bewohnte Gebäudeteile) stellen eine zentrale Motivation der paschtunischen Aufständischen in der Grenzregion, insbesondere den Stammesgebieten, dar. Eine deutliche Erhöhung etwa der US-Truppenstärke in Afghanistan, wie von der neuen Regierung in Washington angekündigt, und weitere An- und Übergriffe dieser Truppen auf pakistanisches Staatsgebiet werden den Aufstand und die Kampagne des Terrorismus in Pakistan anheizen – unabhängig davon, welche Wirkungen sie in Afghanistan selbst haben. Hier besteht die Gefahr, dass, um Afghanistan zu stabilisieren – ein Ziel mit unsicheren Erfolgsaussichten – die Destabilisierung Pakistans in Kauf genommen wird.

Neben Afghanistan spielt die Reform der staatlichen Strukturen in Pakistan eine Schlüsselrolle dabei, das Land zu stabilisieren und die Gewalt einzudämmen. Dies ist aus drei Gründen erforderlich: Erstens braucht ein Land, das sich mehreren schweren Krisen zugleich gegenüber sieht, einen funktionsfähigen, handlungsfähigen und kompetenten Staatsapparat, um diese zu bewältigen. Zweitens haben sich die deformierten, in weiten Bereichen völlig desolaten staatlichen *Governance*-Strukturen in der Vergangenheit immer wieder selbst als strukturell konfliktverursachend und konfliktverschärfend erwiesen. Drittens führen Korruption, Lähmung und Unfähigkeit staatlicher Stellen und des Parteienwesens immer mehr dazu, die Bevölkerung vom Staat zu entfremden und die Wahrnehmung ihrer Interessen von partikularistischen Kräften zu erwarten, etwa ethnischen oder ethnoreligiösen.

Sollte es Pakistan gelingen, seine defizitären *Governance*-Strukturen gründlich zu reformieren, wäre die Überwindung der chronischen Krisensituation mittelfristig möglich. Ohne eine solche grundlegende Reform bleibt die Zukunft des Landes weiter ungewiss.



Weiterlesen:
Krise in Pakistan,
WeltTrends 58